



Ministerium für Arbeit, Soziales, Transformation und Demografie
Postfach 31 80 | 55021 Mainz

Vorsitzender des
Ausschusses für Digitalisierung, digitale Infra-
struktur und Medien
Herrn Alexander Fuhr, MdL
Landtag Rheinland-Pfalz
55116 Mainz

LANDTAG
Rheinland-Pfalz
18/3100
VORLAGE

DER MINISTER

Bauhofstraße 9
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-2452
Mail: poststelle@mastd.rlp.de
www.mastd.rlp.de

9. Januar 2023

Mein Aktenzeichen	Ihr Schreiben vom	Ansprechpartner/-in / E-Mail	Telefon / Fax
PuK		Dagmar Rhein-Schwabenbauer Dagmar.Rhein@mastd.rlp.de	06131 16-2415

13. Sitzung des Ausschusses für Digitalisierung, digitale Infrastruktur und Medien am 8. Dezember 2022

hier: TOP 7

**Cyber-Angriffe im Rhein-Pfalz-Kreis
Antrag gemäß § 76 (4) GOLT, Vorlage 18/2900**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Fuhr,

anlässlich der Erörterung des oben genannten Tagesordnungspunktes in der 13. Sitzung des Ausschusses für Digitalisierung, digitale Infrastruktur und Medien am 8. Dezember 2022 habe ich zugesagt, den Mitgliedern des Ausschusses meinen Sprechvermerk zur Verfügung zu stellen. Eine entsprechende Ausfertigung ist als Anlage beigelegt.

Des Weiteren habe ich Informationen über den Umfang der Ausfälle nach dem Cyberangriff im Rhein-Pfalz-Kreis zugesagt:

Unmittelbar nach Bekanntwerden des erfolgten Angriffs wurde die Kreisverwaltung Rhein-Pfalz-Kreis vom Datennetzwerk der Kommunen in Rheinland-Pfalz (Kommunalnetz Rheinland-Pfalz) getrennt. Somit war von diesem Moment auch keine Verbindung mehr zum Datennetzwerk des Landes (rlp-Netz) möglich.



Bezüglich der Einschränkungen, sich durch die Abtrennung von den Netzwerken für die Erbringung von Dienstleistungen innerhalb der Kreisverwaltung ergeben haben, hat die Kreisverwaltung wie folgt Stellung genommen:

- Grundsicherung: Die Beträge wurden manuell in einer Excel Tabelle erfasst und über die Sparkasse schon für November ausgezahlt.
- Die Zulassung von Fahrzeugen erfolgte über die bestehenden Außenstellen in Dudenhofen und Hessheim.
- Die Ausstellung von Führerscheinen konnte zunächst nicht realisiert werden. Mit Hilfe einer Stadtverwaltung war jedoch eine Anbindung an das Kraftfahrtbundesamt möglich.
- Die Ausländerbehörde kann grundsätzlich von der Kreisverwaltung heraus arbeiten. Über eine Verbandsgemeindeverwaltung ist die Kreisverwaltung das Ausländerzentralregister angebunden.
- Die Bußgeldstelle wird teilweise über eine Verbandsgemeindeverwaltung betrieben.
- Die Landwirtschaftsbehörde ist bei einer anderen Kreisverwaltung untergebracht.
- Die Wohngeldstelle/BAFÖG/AFBG wird von einer Stadtverwaltung aus betrieben. Wohngeld konnte schon rund 1,5 Wochen nach dem Hackerangriff bearbeitet werden, für BAFÖG und AFBG war erst Ende November 2022 eine Lösung erreichbar.
- Das Gesundheitsamt meldete nach rund 1,5 Monaten wieder Infektionszahlen an das RKI. Alle Zugänge waren gekappt und konnten auch nicht in der gewünschten Geschwindigkeit von den Dienstleistern hergestellt werden. Die Erfassung erfolgt bei drei Gemeinde- und Verbandsgemeindeverwaltungen mit insgesamt 30 Arbeitsplätzen, wobei dort zum Teil Versammlungsräume genutzt werden.
- Ein Zugang zum Einwohnermeldesystem ist bis zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich, wobei man sich aber über die jeweiligen Gemeinde- und Verbandsgemeindeverwaltungen behelfen kann.
- Die Auszahlung des Elterngeldes gestaltete sich problematisch. Es wird an einer Lösung gearbeitet. Zwar ist die Auszahlung grundsätzlich möglich, allerdings auf Grund der manuellen Bearbeitung mit Verzögerung. Ähnliches gilt für den Unterhaltsvorschuss. Es wird in beiden Fällen an einer digitalen Lösung gearbeitet, damit wieder pünktlich gezahlt werden kann.
- Die Abfallwirtschaft war insofern tangiert, als Sperrmüll nicht in der üblichen Form des Abrufs organisiert werden konnte, sondern als Straßensammlung.



- Die weiteren Fachanwendungen sollten über Hosting bei den jeweiligen Anbietern ermöglicht werden, so dass dem Grunde nach eine, wenn auch etwas eingeschränkte, Leistungsfähigkeit gewährleistet werden konnte. So war das Finanzwesen nach rund 3 Wochen wieder einsatzfähig. In der Zwischenzeit behalf man sich mit Zahllisten und der Bankanbindung. Letztendlich konnte auch der Haushalt, wenn auch in reduzierter Form, entsprechend den vorgegebenen Fristen beschlossen werden.
- Bauanträge konnten nach einer Karenzzeit von circa 3 Wochen wieder bearbeitet werden, allerdings mit der Problematik, dass Altakten nur schwer zu identifizieren sind, weil die ehemaligen Karteikarten durch elektronische Fundstellen ersetzt wurden. Aktuell ist die IT-Anwendung für das Baugenehmigungsverfahren wieder nutzbar.
- Die Einstellungsverfahren konnten weiterhin über ein externes Verfahren ohne Probleme bewerkstelligt werden.
- Die Verarbeitung von Gehaltszahlungen erfolgte über die pfälzische Pensionsanstalt, die entsprechende Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt hat. Festzuhalten ist allerdings, dass Daten, die ausschließlich auf dem inkriminierten System gespeichert waren, derzeit nicht verfügbar sind.

Etwaige digitalisierte Akten können erst wieder genutzt werden, wenn das System komplett zur Verfügung steht. Dies hat aber keinen Nachteil für Bürgerinnen und Bürger. Insgesamt sind nach einer ersten Phase der Analyse des Schadens und der Lösungsmöglichkeiten viele Leistungen der Verwaltung für Bürgerinnen und Bürger erhältlich.

Mit freundlichen Grüßen

Alexander Schweitzer



Aktenzeichen:
084-0001#2022/0009-0601 632.0209

Mainz, den 6. Dezember 2022
Frank Robbert ☎ 06131 16-3945
Marion Poel ☎ 06131 16-3321

Sprechvermerk

13. Sitzung des Ausschusses für Digitalisierung, digitale Infrastruktur und Medien am 8. Dezember 2022

hier: TOP 7

Cyber-Angriffe im Rhein-Pfalz-Kreis“

Antrag gemäß § 76 (4) GOLT, Vorlage 18/2900

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Fuhr,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

die Zahl erfolgreicher Cyber-Angriffe auf die Kommunen (bundesweit) ist in den letzten Monaten stark angestiegen, wie auch erfolgreiche Cyber-Angriffe allgemein. Diese Verschärfung zeigt sich auch im Jahresbericht des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI): Es haben sich nicht nur die Erpressungsvorfälle mit Ransomware ausgeweitet, auch die Anzahl der Schadprogramme hat rapide zugenommen. Ließen sich im Sommer 2021 noch etwa 300.000 neue Varianten pro Tag zählen, so waren es im Herbst 2021 bis zu 436.000 neue Schadprogramm-Varianten.

Haupttreiber für diesen Anstieg sind Cyber-Attacken mit Ransomware, die Daten abfließen lassen, Betriebsabläufe behindern oder sogar vollständig blockieren. Anschließend werden die Betreiber erpresst und erhalten von den Erpressern ein Angebot, durch Zahlung eines Lösegelds die Kontrolle über ihre Daten und IT-Systeme wieder zurückzuerhalten.



Eine Statistik des IT-Sicherheitsdienstleisters Coveware, die auch vom Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik im Jahresbericht 2022 zitiert wird, zeigt zum Beispiel die innerhalb eines Quartals gezahlten Lösegelder bei Vorfällen, die Coveware begleitete.

Demnach stiegen die durchschnittlichen Lösegeldzahlungen von 84.116 US-Dollar im vierten Quartal 2019 auf 154.108 US-Dollar im vierten Quartal 2020 - ein Anstieg um zirka 183 Prozent. Tendenz steigend.

Dem kommunalen Computer Emergency Response Team Rheinland-Pfalz (CERT-kommunal-rlp) sind im Jahr 2021 30 und im laufenden Jahr 35 IT-Sicherheitsfälle im kommunalen Umfeld bekannt geworden.

Solche Cyber-Angriffe haben natürlich gravierende Auswirkungen. Daten der Bürgerinnen und Bürger fließen ab oder für das gesellschaftliche Leben wichtige IT-Verfahren sind beeinträchtigt oder funktionieren temporär überhaupt nicht mehr.

Die Kreisverwaltung des Landkreises Rhein-Pfalz-Kreis wurde in der Nacht auf den 21. Oktober 2022 Opfer eines solchen Cyberangriffs. Betroffen ist die komplette Hauptverwaltung des Landkreises. Die IT-Systeme (Arbeitsplatz-PCs, Server) wurden per Ransomware verschlüsselt. Ferner wurden sensible Daten ausgeleitet und im Darknet veröffentlicht. Insgesamt sind ca. 100GB Daten abgeflossen. Der Angriff kann damit als Advance-Persistent-Threat (APT) gewertet werden.

Der Landkreis hat daraufhin eine Notverwaltung eingerichtet. Die Außenstellen in Heßheim und Dudenhofen sind weiterhin arbeitsfähig. Die Kreisverwaltung hat einen externen Dienstleister hinzugezogen, der auf solche Fälle spezialisiert ist. Das Polizeipräsidium Rheinpfalz hat umgehend die Ermittlungen aufgenommen.

In der Nacht vom 10. November auf den 11. November 2022 erfolgte die Veröffentlichung der Daten im Darknet, da nicht auf die Lösegeldforderung eingegangen wurde. Das LKA hat diese Daten heruntergeladen und gesichtet. Die Vorfallsbehandlung sowie die Ermittlungen dauern aktuell noch an.



Die Kreisverwaltung ist Teilnehmer des Kommunalnetzes Rheinland-Pfalz. An dieses Netz sind alle 236 Kreis-, Stadt-, Gemeinde- und Verbandsgemeindeverwaltungen angeschlossen.

Das Kommunalnetz Rheinland-Pfalz selbst hat einen gesicherten Übergang zu dem vom Landesbetrieb Daten und Information (LDI) betriebenen Netz der Landesverwaltung (rlp-Netz). Bis zur Wiederherstellung der IT-Umgebung unter Beachtung der für das Kommunalnetz Rheinland-Pfalz geltenden Sicherheitsvorgaben bleibt die Kreisverwaltung vom Kommunalnetz Rheinland-Pfalz getrennt.

Die Landesregierung hat im vorliegenden Fall der Kreisverwaltung entsprechende Hilfe sowie Unterstützungsleistungen angeboten.

Zur vorherigen Abstimmung fand am 21. November 2022 eine Telefonkonferenz statt. Unter anderem wurden Leistungen aus Rahmenverträgen des LDI sowie das Hinzuziehen des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik angeboten. Auch habe ich persönlich Landrat Körner (Rhein-Pfalz-Kreis) in einem Telefonat am 30. November 2022 Unterstützung seitens des Landes zugesagt. Am 2. Dezember 2022 fand ein Gespräch mit der Kreisverwaltung und der Landesregierung, vertreten durch die Staatssekretärin des Innenministeriums sowie des Staatssekretärs des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung, statt. Ziel war es, mit der Kreisverwaltung abzustimmen, welche Hilfe das Land zum Wiederaufbau der IT-Infrastruktur beitragen kann.

Der Rhein-Pfalz-Kreis hat Interesse signalisiert, einzelne Dienstleistungen davon in Anspruch zu nehmen (im Microsoft Exchange-Umfeld, VPN-Anbindung für Telearbeitsplätze, Beschaffung von Netzwerkkomponenten, Beratung und Begleitung bei der Umsetzung des BSI-Grundschutzes). Details sind noch in einem Gespräch zwischen dem LDI und der IT-Stelle der Kreisverwaltung abzustimmen.

Vor dem Hintergrund der stetig steigenden Bedrohungslage im Cyberraum werden die Landesregierung und die Kommunalen Spitzenverbände ihre Kräfte weiter bündeln und die seit dem Jahr 2014 bestehende Zusammenarbeit im Bereich der Informationssicherheit weiter intensivieren.



Dieses wurde im 3. Sicherheitspolitischen Gespräch am 5. Dezember 2022 miteinander vereinbart. Ziel ist es, eine gemeinsame Informationssicherheitsarchitektur für die Verwaltung in Rheinland-Pfalz zu schaffen.

Um schnell und wirkungsvoll auf Cyberangriffe reagieren zu können, wird im ersten Schritt ein mobiles Reaktionsteam (Mobile Incident Response Team – MIRT-rlp) konzipiert, das Behörden im Land und in den Kommunen im Notfall zur Seite steht.

Die Zusammenarbeit zwischen Land und Kommunalen Spitzenverbänden im Bereich der Informationssicherheit soll künftig in einem gemeinsamen IT-Kooperationsrat koordiniert werden. Mit einem solchen IT-Kooperationsrat wird die informationstechnische Zusammenarbeit gestärkt und Synergieeffekte zwischen Land und Kommunen erzielt. Aufgabe des IT-Kooperationsrats wird es sein, gemeinsame Empfehlungen zur Informationssicherheit zu erarbeiten und landesspezifische IT-Sicherheitsstandards zu setzen.

Neben technischen Lösungen zur Verbesserung der Informationssicherheit sollen auch Anwenderinnen und Anwender in den Verwaltungen besser gegen Gefahren im Cyberraum gerüstet und für potentielle Sicherheitsrisiken sensibilisiert werden.

Gemeinsam mit dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik und den Kommunalen Spitzenverbänden wird das Ministerium für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung im Jahr 2023 virtuelle Sensibilisierungsveranstaltungen für die Kommunen im Format einer Roadshow durchführen.

Vielen Dank!



Rheinland-Pfalz

MINISTERIUM FÜR ARBEIT,
SOZIALES, TRANSFORMATION
UND DIGITALISIERUNG